

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2 2. Landesparteitag, 1. Tagung
3 24./25. Oktober 2009, Sternberg

4 **Beschluss**

7 **Das Land verändern. Gerechtigkeit zuerst!**

9 Im Jahr 2009 hat DIE LINKE ihre Position als zweitstärkste politische Kraft im Land weiter
10 festigen können. Bei allen Wahlen haben wir Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dazu
11 gewonnen.

12 Eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wählern hat unserer Partei und der von ihr
13 getragenen Politik ihr Vertrauen geschenkt.

14 Das ist ein wichtiges Fundament, um Tag für Tag mehr soziale Gerechtigkeit und
15 Chancengleichheit durchzusetzen sowie Armut und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen.

16
17 Spätestens seit Beginn dieses Jahres mussten sich die Bundesregierung und die
18 Öffentlichkeit in Deutschland von der Vorstellung verabschieden, dass es sich bei den
19 aktuellen ökonomischen Problemen um eine vorübergehende Schwäche der ansonsten
20 wachsenden Wirtschaft handelt. Seitdem ist klar: Unser Land steht vor großen
21 Herausforderungen durch die schärfste Finanz-, Wirtschafts- und Systemkrise seit 1929. Der
22 soziale Frieden ist damit in Gefahr.

23
24 Die Krise droht nicht nur in Deutschland Arbeitslosigkeit und Armut in lange nicht gekannten
25 Ausmaßen hervorzurufen. In ihr zeigt sich deutlich die Perversion der kapitalistischen
26 Gesellschaftsordnung und ihre fehlende zukunftsfähige Perspektive.

27 In aller Deutlichkeit zeichnet sich ab, dass eine Koalition aus CDU/CSU und FDP weiterhin
28 Milliarden geschenke an Banken, Großaktionäre und führende Unternehmen verteilen und der
29 Bevölkerung die Kosten in Form von Steuer- und Beitragserhöhungen sowie Finanz- und
30 Leistungskürzungen im öffentlichen Bereich aufbürden wird.

31
32 Auch in Mecklenburg-Vorpommern steht DIE LINKE entsprechend ihrem politischen und
33 programmatischen Selbstverständnis als demokratische und soziale, ökologische,
34 feministische, offene und plurale, antirassistische und antifaschistische Partei in erster Linie
35 in der Verantwortung, gesellschaftliche Alternativen dafür aufzuzeigen, wie das Land mit
36 sozialem und ökologischem Fortschritt aus der Krise herauskommt. Mit diesem Anspruch
37 muss der Landesverband sein politisches Profil weiter ausprägen und sich in der
38 Öffentlichkeit noch stärker als wählbare und berechenbare politische Alternative
39 präsentieren. Dafür ist es besonders wichtig, dass sie in den parlamentarischen
40 Körperschaften und im außerparlamentarischen Raum als konsequente Kraft auftritt und
41 wahrnehmbar bleibt, die den Abbau des Sozialstaates bekämpft, gegen die Aushöhlung und
42 Schleifung von Bürgerrechten eintritt, Kriegseinsätze ablehnt, für zivile Konfliktvorbeugung
43 und -lösung sowie radikale Abrüstung eintritt. Wir werden politisch gegen jegliche nazistische
44 und neonazistische Aktivitäten einschreiten.

45 In diesem Sinne werden wir im kommenden Jahr mit dem Programm „MV2020+“ die
46 inhaltlichen Weichen stellen.

47 Mit diesem Leitbild wollen wir uns in die gesellschaftliche Debatte um die Zukunft unseres
48 Landes einmischen. In Diskussionen an der Parteibasis, in den Fraktionen auf allen Ebenen,
49 mit Menschen aus dem Umfeld der Partei und allen Interessierten wollen wir herausarbeiten,
50 dass und wie Mecklenburg-Vorpommern solidarischer, sozialer, gerechter, demokratischer

51 und ökologischer werden kann. Auf dieser Grundlage erarbeiten wir unser Wahlprogramm für
52 die Landtagswahlen 2011.

53

54

55

I. Stark in Kommunen - Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

56

57 Politik der LINKEN in den Kommunen ist darauf gerichtet, mehr Förderung von
58 Jugendprojekten und eine bessere Ausstattung der Schulen einzuleiten sowie entschiedene
59 Schritte auf dem Weg zur kostenfreien Kita und dem kostenfreien Mittagessen in Kitas und
60 Schulen zu erreichen. Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die nah bei den Einwohnerinnen
61 und Einwohnern ist und die lebenswerte Städte und Dörfer mit gesunder Wirtschaft und
62 intakter öffentlicher Daseinsvorsorge gewährleistet. Dazu gehört auch, die kommunale
63 Verantwortung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen wahrzunehmen.
64 Klimaschutz und Energiewende hin zu erneuerbaren Energien werden getreu dem Motto
65 „Global denken – lokal handeln“ immer mehr zur kommunalen Aufgabe.

66 Die Kommunen sind in erster Linie soziale Gemeinschaften. Deshalb sind nicht allein
67 wirtschaftliches Unternehmertum und dessen Resultate dafür maßgebend, welche Bedeutung
68 und Rolle die Gemeinden, Städte und Kreise im realen Leben spielen, sondern die
69 Lebensqualität insgesamt sowie die Ausprägung von Demokratie und Selbstverwaltung im
70 Gemeinwesen.

71

72 Die Lage der Kommunen wird durch die Politik der SPD-CDU-Koalition in unverantwortlicher
73 Weise verschlechtert. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen des Landes ist so
74 ungenügend, dass selbst Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr hinreichend
75 erfüllt werden können. Das Innenministerium als Kommunalaufsicht verlangt zusätzlich von
76 den Kreisen und kreisfreien Städten Einsparungen in unrealistischer Höhe, den Verkauf
77 öffentlicher Unternehmen, den Abbau von Personal und die Kürzung der so genannten
78 freiwilligen Leistungen, wie Kultur, Bildung, Jugendclubs oder Sportvereine. DIE LINKE warnt
79 davor, kommende Steuerschätzungen zum Vorwand für eine weitere Schlechterstellung der
80 kommunalen Haushalte zu nehmen. Die Landesregierung hat die Unterfinanzierung auch im
81 Bundesrat aktiv weiter vorangetrieben. Die Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der
82 Unterkunft von Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern werden den Städten und Gemeinden
83 des Landes mehrere Millionen Euro Einnahmeverlust beschern. Auf diese Weise gefährden
84 die Koalitionsparteien die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen des Landes und die
85 funktionsfähigen zivilgesellschaftlichen Strukturen – zum Nachteil der Lebensbedingungen
86 der Einwohnerinnen und Einwohner.

87

88 Die SPD-CDU-Koalition hält an einer Neuordnung der Kreise fest. Der aktuelle Entwurf der
89 Koalition hat jedoch weder ausreichend Rücksicht auf das Urteil des
90 Landesverfassungsgerichtes genommen, noch ist er geeignet, die Probleme des Landes auch
91 nur ansatzweise zu lösen. Eine notwendige Funktionalreform wird ausgespart. Offenbar ist
92 das einzige Ziel der Koalition, Personalabbau in den Verwaltungen zu betreiben, um damit
93 verbundene erhoffte Einsparungen in Höhe von etwa 50 Millionen Euro zu realisieren.

94 DIE LINKE fordert eine Reform, die Mitbestimmung im Ehrenamt weiterhin gewährleistet, die
95 Kommunen stärkt und Rücksicht auf die regionale Verbundenheit nimmt. Wir wollen
96 kommunale Strukturen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben zuverlässig und in hoher Qualität
97 zu erfüllen. Dazu brauchen die Kommunen auch Eigentum an Unternehmen, die der
98 öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Eine weitere Privatisierung der sozialen Infrastruktur
99 und der Ver- und Entsorgungsunternehmen lehnen wir ab. Wie in Greifswald, Schwerin oder
100 Rostock werden wir dagegen entschieden Widerstand leisten.

101 DIE LINKE strebt die Rekommunalisierung in solchen Bereichen wie der Abfallentsorgung,
102 dem Nahverkehr oder der Kliniken an. Nur die öffentliche Hand hat die Kraft, solche
103 Unternehmen in erster Linie im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner zu führen, weil
104 für sie Gewinne nicht vordergründiger Unternehmenszweck sind. Wir lehnen alle Pläne der
105 Koalition von CDU/CSU und FDP ab, wonach kommunale Unternehmen künftig genauso
106 besteuert werden sollen wie private. Ein solches Vorhaben führt zu erheblichen
107 Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger und gefährdet die Leistungsfähigkeit
108 der öffentlichen Daseinsvorsorge massiv.

109
110 Die Kommunen sind deutschlandweit als Investorinnen eine der Stützen der regionalen
111 Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft. In Zeiten der Krise ist die Investitionstätigkeit der
112 Städte und Gemeinden für viele Unternehmen überlebenswichtig. Auch deswegen ist ein
113 Umsteuern in der Kommunalpolitik des Landes dringend erforderlich. Wenn Kommunen die
114 Möglichkeit und die Fähigkeit genommen wird, Infrastruktur zu sanieren oder Schulen zu
115 erneuern, schadet das dem Allgemeinwohl. Kreise, Städte und Gemeinden werden durch die
116 von neoliberaler Bundespolitik verursachten Einnahmeausfällen handlungsunfähig. Eine
117 Landesregierung, die für sich in Anspruch nimmt, in dieser Situation keine neuen Kredite
118 aufzunehmen, darf auch den Kommunen eine Verschuldung nicht zumuten.

119

120

121 **II. Unser Ziel: eine sozial gerechte und nachhaltige Politik**

122

123 In Mecklenburg-Vorpommern muss die neoliberal ausgerichtete Politik endlich beendet
124 werden. Doch die SPD-CDU-Koalition ist zu einer Kursänderung nicht bereit.

125 Eine aktive Arbeitsmarktpolitik findet de facto nicht mehr statt. Die Ausweitung der
126 Niedriglohnjobs wurde forciert, ein Vergabe- und Tariftreuegesetz ist in weiter Ferne.

127 Freiheits- und Bürgerrechte werden mit dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung
128 eingeschränkt. Auf der anderen Seite geht der Personalabbau bei der Polizei ohne Rücksicht
129 auf die Konsequenzen weiter. Auch die Kolleginnen und Kollegen der Polizei haben ein Recht
130 auf gute Arbeitsbedingungen und gerechte Vergütung.

131 Maßnahmen zum Natur- und Klimaschutz werden völlig unzureichend eingeleitet und
132 umgesetzt. Statt dessen sollen ein unnötiges neues Steinkohlekraftwerk und nicht
133 tierartengerechte Großmastanlagen ermöglicht werden.

134

135 Die Gesellschaft braucht, heute dringender denn je, eine Kulturpolitik, die Kultur vor
136 einseitiger Anpassung an ökonomische Zwänge bewahrt. Auch deshalb stößt das
137 Theaterpapier der Landesregierung auf unseren Widerstand. DIE LINKE hält eine Reduzierung
138 der Theaterlandschaft auf zwei so genannte Kulturkooperationsräume für kulturfeindlich.

139

140 Die soziale Lage von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern hat sich weiter dramatisch
141 verschlechtert. In keinem anderen Bundesland leben so viele Kinder in Armut wie in
142 Mecklenburg-Vorpommern. DIE LINKE fordert, dass endlich ernsthaft Kinderarmut bekämpft
143 wird und alle sozialen Barrieren und Beschränkungen für die Teilhabe an Bildung abgeschafft
144 werden. Das heißt für uns Chancengleichheit und tatsächliche Kostenfreiheit von der Krippe
145 bis zum Berufsabschluss. DIE LINKE lehnt die Einführung von Studiengebühren ab. Jeder
146 Mensch soll die bestmögliche Ausbildung und Förderung erhalten, ein Leben lang.
147 Wir wollen die Fortführung des gemeinsamen Lernens in Klasse 7 und Klasse 8. Die
148 Klassenfrequenzen sind zur individuellen Förderung der Kinder durch die Lehrerinnen und
149 Lehrer auf 22 zu begrenzen.

150

151 Wir wollen eine andere, an den Bedürfnissen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern
152 ausgerichtete, Politik.
153
154 Deshalb streben wir das Ende der SPD-CDU-Koalition 2011 an.
155
156 Ob DIE LINKE Regierungsverantwortung übernimmt, hängt neben dem festen Willen der
157 möglichen politischen Partner zu einem grundlegenden politischen Wandel vor allem davon
158 ab, ob die SPD weiter die neoliberale Politik der vergangenen Jahre betreiben will oder sie
159 bereit ist, mit der LINKEN für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.
160
161 Wir werden uns weiterhin in Wort und Tat für eine neue Gesellschaftsordnung, den
162 demokratischen Sozialismus, engagieren. Dabei stehen für uns die Untrennbarkeit von
163 sozialen und persönlichen Freiheitsrechten ebenso im Mittelpunkt wie die Verwirklichung der
164 marxistischen Idee, wonach die freie Entwicklung des Einzelnen die Grundlage für die freie
165 Entfaltung Aller ist, sowie das Streben nach realer, lebendiger Demokratie. In diese
166 Auseinandersetzung werden wir kritisch und konstruktiv unsere Erfahrungen aus
167 Vergangenheit und Gegenwart einbeziehen. Wie auf der Basiskonferenz in Grimmen
168 diskutiert, braucht DIE LINKE Fragen, Zweifel, Ideen und Vorschläge eines Jeden. Maßstab
169 unserer Art der Auseinandersetzung kann und muss der kulturvolle und inhaltliche
170 Meinungsstreit sein. Akzeptanz und Respekt unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der
171 Partei sind Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln mit denjenigen, mit denen wir diese
172 Gesellschaft verändern wollen.
173
174 Um die Aktions- und Kampagnenfähigkeit der LINKEN in den kommenden Jahren zu
175 bewahren, werden wir in allen Ebenen des Landesverbandes den Einsatz zur Gewinnung
176 neuer Mitglieder weiter verstärken. Unser Ziel für das kommende Jahr ist die Gewinnung von
177 mindestens 200 neuen Genossinnen und Genossen im Landesverband Mecklenburg-
178 Vorpommern. Außerdem arbeiten wir daran, die Mitglieder der LINKEN mehr in die Arbeit
179 einzubeziehen. Wir wollen durch mehr inhaltlichen Austausch und bessere
180 interessenbezogene Politikangebote mehr Mitglieder und Sympathisanten sowie weitere
181 Interessierte für eine Mitarbeit ansprechen und gewinnen. Dazu müssen sich die
182 Basisorganisationen, Kreisverbände und Zusammenschlüsse der Partei intensiv in die
183 Debatten einbringen. Geeignete Formen sind zum Beispiel Basiskonferenzen, Rundbriefe als
184 Diskussionsforen und selbstorganisierter inhaltlicher Austausch zwischen den Gliederungen
185 der Partei.
186
187 Basiskonferenzen werden als besonders geeignete Foren des Erfahrungsaustausches und
188 Meinungsstreites einen festen Platz im Leben des Landesverbandes einnehmen und finden in
189 regelmäßigen Abständen statt.
190
191 Ab sofort ist die Vorbereitung auf die Landtagswahl 2011 eine aktuelle und dringliche
192 Aufgabe. Dies betrifft auch die Auswahl und Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten.
193 Menschen, die für DIE LINKE antreten, müssen regional verankert sein und aktiv politisch
194 wirken, sei es in außerparlamentarischen Initiativen, in Gewerkschaften, in Vereinen und
195 Verbänden oder in kommunalen Parlamenten. Mit den Erfolgen der Wahlen in den
196 vergangenen Monaten gehen wir motiviert an die vor uns liegenden Aufgaben. Wir wollen und
197 wir können Mecklenburg-Vorpommern verändern.
198 DIE LINKE ist die politische Alternative in Mecklenburg-Vorpommern. Wir kämpfen für den
199 sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und für soziale Gerechtigkeit.